

SWR2 Wissen

Ein fairer Generationenvertrag?

Wie Jung und Alt zusammenleben können

Von Tassilo Hummel

Sendung: Montag, 8. März 2021, 8.30 Uhr

Redaktion: Sonja Striegl

Produktion: SWR 2021

Diese Zeiten sind offenbar vorbei: Die Älteren sorgen für Chancen, damit die Jungen sich ein gutes Leben aufbauen können. Die Jungen zahlen dafür ins Rentensystem und zollen den Alten Respekt.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Musikakzent

Sprecherin:

Die Coronapandemie stellt das Verhältnis zwischen den Generationen auf die Probe. Während Covid-19 überwiegend für ältere Menschen gefährlich ist, leiden vor allem die Jüngeren unter den Kontaktbeschränkungen und der Schließung von Schulen, Kitas, Bars, Discos und Sporteinrichtungen.

O-Ton Simon Schnetzer:

Also jetzt geht's wirklich an die Substanz, und je länger der andauert, dieser Lockdown, diese Auswirkungen, desto mehr junge Menschen haben das Potenzial, echt also Wutbürger zu werden.

Sprecherin:

Als hätten die jüngeren Generationen mit der Klimakrise und einem durch den demografischen Wandel aus dem Ruder geratenen Rentensystem nicht schon genug Zukunftssorgen. In der Coronakrise werden nun auch noch Staatsschulden in astronomischer Höhe aufgenommen, die eines Tages zurückgezahlt werden müssen.

O-Ton JörgTremmel:

Wir leben in so einer spezifischen Art der Demokratie, die ich jetzt als „Gerontokratie“ bezeichnen würde, also als Herrschaft der Älteren.

Ansage:

Ein fairer Generationenvertrag? Wie Jung und Alt zusammenleben können. Von Tassilo Hummel.

Satire – Bohemian Browser Ballett (Ausschnitt):

Wir vom Browser Ballett sagen Ja zu Corona. Denn mit diesem Virus heilt sich der Planet praktisch selbst.

Sprecherin:

Satire zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020.

Satire – Bohemian Browser Ballett (Ausschnitt):

Interessant hierbei, wie fair dieses Virus ist. Es rafft die Alten dahin, aber die Jungen überstehen diese Infektion nahezu mühelos. Das ist nur gerecht. Immerhin hat diese Generation den Planeten voll an die Wand gefahren.

Sprecherin:

Das ist Christian Brandes, genannt Schlecky Silberstein. In Deutschland herrscht seit ein paar Tagen der Corona-Ausnahmestand. Brandes und sein öffentlich-rechtliches Jugendformat „Bohemian Browser Ballett“ nutzen die allgemeine Aufregung für eine saftige Provokation.

Satire – Bohemian Browser Ballett (Ausschnitt):

Eine bessere Nachricht gibt es doch gar nicht für diesen Planeten.

Sprecherin:

Für diesen Auftritt ernteten die Macher massive Kritik von allen Seiten. Die meisten fanden die Aussage geschmacklos, das Virus sei quasi „gerecht“, weil es die Alten tötete, die schließlich den Planeten kaputt gemacht hätten. Die Redaktion bat kurz darauf öffentlich um Entschuldigung.

Musikakzent

Sprecherin:

Mal abgesehen von der Frage, wie weit Satire gehen darf, brachte diese Satire eines auf den Punkt: Die Kritik der Jungen am verantwortungslosen Verhalten der Älteren – so scheint es – wird lauter.

Zitator:

Der Konflikt besteht im Wesentlichen zwischen zwei Altersgruppen. Auf der einen Seite stehen die Babyboomer und die Generation X – also die Vertreter der geburtenstarken Jahrgänge nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Babyboomer haben die Wirtschaftswunder-Zeit erlebt und sind zahlenmäßig die größte Alterskohorte im Land. Seit Jahrzehnten besetzen sie viele Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Medien.

Auf der anderen Seite stehen Menschen, die in den 80er-Jahren und später geboren wurden. Die Generation Y. Sie sind zwar in größerem Wohlstand aufgewachsen, haben aber mit einer wachsenden Prekarisierung der Arbeitswelt und den Folgen der Finanzkrise 2007 zu kämpfen gehabt. Auf sie folgte die Generation Z: Vollständig mit dem Internet sozialisiert, permanent vernetzt und mit Themen wie „Klima-Aktivismus“ und „Black Lives Matter“ zum ersten Mal seit langem wieder zunehmend politisch. Generationen sind jedoch mehr als nur Altersgruppen.

O-Ton Silke Van Dyk:

Das kann ich ja zu jedem Zeitpunkt beginnen lassen. Und deswegen hängt es ganz stark von den gesellschaftlichen Ereignissen ab, was Marker dafür sind, die Generationen prägen. Das kann so etwas sein wie Sex, wo es eher um gesellschaftlichen, kulturellen Wandel ging. Und das kann so etwas sein wie eine extreme Pandemie, die wir jetzt erleben.

Sprecherin:

Professor Silke van Dyk von der Universität Jena ist spezialisiert auf die Soziologie des Alters und der Demografie. Werden wir bald von einer „Generation Corona“ sprechen und all jene meinen, die aufgrund der Pandemie den Start ins Berufs- und Erwerbsleben versäumt haben?

O-Ton Silke Van Dyk:

Das können wir jetzt noch nicht antizipieren, aber es gibt Bildungsforscher, die das schon deutlich gesagt haben, dass wir die Effekte dieses einen Jahres in den Biografien junger Menschen sehen werden. Das ist gar keine Frage.

Sprecherin:

Einer der jüngeren Forscher, die derartige Zeichen bereits sehen, ist Simon Schnetzer. Zusammen mit Professor Klaus Hurrelmann, dem deutschen Jugendforscher seit Jahrzehnten, gibt Schnetzer eine jährliche Jugendstudie heraus. Er hat eine starke These:

O-Ton Simon Schnetzer:

Die Zäsur durch die Corona-Krise bei jungen Menschen ist wie ein großes Loch. Je länger die Krise anhält, desto tiefer ist dieses Loch und desto schwerer wird es für junge Menschen, da wieder herauszuklettern. Und je länger der andauert, dieser Lockdown, diese Auswirkungen, desto mehr junge Menschen haben das Potenzial, so echt also zu Wutbürgern zu werden.

Sprecherin:

Schulschließungen und haarsträubende Missstände bei der Digitalisierung von Universitäten, Schulen und in Ausbildungsbetrieben trafen junge Menschen unverhältnismäßig hart. Sie würden in der aktuellen Corona-Krisenpolitik benachteiligt oder sogar übersehen, kritisiert Schnetzer. Für Schulabgänger und Berufseinsteiger, Studierende und Minijobber gebe es beispielsweise keine Kurzarbeitsregelungen:

O-Ton Simon Schnetzer:

Ich sehe ein sehr großes Potenzial für einen Generationenkonflikt. Wir nehmen uns selbst nicht als diese risikogefährdete Gruppe wahr, nehmen Rücksicht auf andere. Und das ist ja alles schön und gut, solange ich mein Ding weitermachen kann. Aber jetzt geht's an die Substanz. Weil gleichzeitig kommen ja die ganzen Politiker, die Schulden aufmachen, aufsatteln und schaufeln die den Jungen auf den Rücken und erwarten, dass die natürlich super performen auf dem Arbeitsmarkt und Steuern bezahlen, um diese Schulden abzutragen.

Sprecherin:

Eine Sonderauswertung der jährlichen Jugendstudie ergab, dass sich die große Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland solidarisch und rücksichtsvoll in der Corona-Krise verhält. Deshalb kann Schnetzer auf der Grundlage seiner Befragungen junger Leute aktuell noch keinen „Kampf der Generationen“ toben sehen. Dies könne sich jedoch bald ändern, befürchtet er. Auch weil für immer mehr junge Menschen Verteilungsfragen wieder wichtiger würden.

O-Ton Simon Schnetzer:

Das Thema Gerechtigkeit ist viel höher bewertet jetzt als noch vor zwei Jahren. Also auch dieses Thema Verteilungsgerechtigkeit kommt jetzt mit rein. Es wird die Frage offensichtlich also offener gestellt: Wer hat jetzt eigentlich was bekommen? Und „Leute, überseht Ihr gerade, dass es uns auch scheiße geht, dass wir auch Hilfe brauchen? Das ist nicht fair.“

Sprecherin:

Deshalb fordert Schnetzer zusammen mit Klaus Hurrelmann ein Corona-Stipendium für junge Menschen.

Musikakzent

Sprecherin:

Die ausgewogenen Lastenteilung zwischen jüngeren und älteren Menschen wird unter dem politischen Schlagwort der „Generationengerechtigkeit“ diskutiert. Aktuell geht es in der Debatte vor allem um die Milliardenschulden, die der Bund Corona bedingt macht. Um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern, gab die Bundesregierung im Jahr 2020 fast 40 Milliarden Euro mehr aus, als es die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse vorsieht. Das heißt: Bis 2042 müssen jährlich zwei Milliarden Euro mehr Schulden als ohnehin schon zurückbezahlt werden. In den kommenden 20 Jahren wird der finanzielle Spielraum des Bundes damit erheblich eingeengt sein.

Das sei ungerecht, findet auch Professor Jörg Tremmel, Politikwissenschaftler an der Universität Tübingen.

O-Ton Jörg Tremmel:

Das macht mir schon Angst, wenn ich sehe, wie jetzt manche Politiker:innen mit den Milliarden rumjonglieren, als käme es halt auf ein Dutzend mehr oder weniger auch gar nicht an. Und diese „Whatever-it-takes-Einstellung“ halte ich für problematisch. Wenn es heißt, unser starker Sozialstaat ist gefordert wie nie zuvor und wir werden das Notwendige tun und wenn es nicht ausreicht, bessern wir nach. Niemand wird seinen Arbeitsplatz verlieren etc. So als würden wirklich die Grundsätze der letzten Jahrzehnte nicht mehr gelten müssen.

Sprecherin:

In Anlehnung an die „Theorie der Gerechtigkeit“ des amerikanischen Philosophen John Rawls hat Tremmel 2012 seine „Theorie der *Generationengerechtigkeit*“ vorgelegt. Für ihn ist das staatliche Schuldenmachen geradezu die Blaupause des Generationenkonflikts: Das Geld, das die ältere Generation sich *heute* über jahrzehntelang laufende Staatsanleihen besorgt, müssen die jüngeren Generationen *morgen* zurückzahlen.

O-Ton Jörg Tremmel:

Ich sehe persönlich die Schuldenbremse als einen Meilenstein für finanzielle Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit an und denke auch, man muss das mal historisch betrachten: dass das Thema Staatsverschuldung schon immer in der politischen Theorie eine Rolle gespielt hat. Zum Beispiel bei Platon in der Politeia wird schon haushälterischer Anstand gefordert. Oder auch bei Kant kommt es vor, dass man nicht Kriege über Schulden finanzieren darf, und dann natürlich Thomas Jefferson, der das zum ersten Mal wirklich in den Generationenkontext gestellt hat. Und insofern war Schuldenmachen immer auch ein ethisches Thema.

Sprecherin:

Die Schulden steigen. Gleichzeitig sehen die Perspektiven der jüngeren Generationen nicht gut aus:

O-Ton Monika Queisser:

Es gibt heute viel mehr prekäre Beschäftigung, Stichwort Generation Praktikum, es gibt weniger soziale Mobilität als früher. Wir haben uns bei der OECD die Zahlen angeschaut und man sieht ganz deutlich, dass in allen Ländern soziale Mobilität insgesamt abgenommen hat. Und in Deutschland, so wie in anderen Ländern auch,

ist auch die Einkommens- und Vermögensverteilung ungleicher geworden.

Sprecherin:

Monika Queisser leitet bei der OECD in Paris den Bereich Sozialpolitik. Während sich die Großeltern-Generation – er Facharbeiter, sie Hausfrau – wie selbstverständlich das Haus in der Vorstadt und eine ordentliche Rente ab 65 aufbauten, können junge Paare heute die Miete in der Stadt oft kaum bezahlen, obwohl beide top ausgebildet und berufstätig sind.

O-Ton Monika Queisser:

Und wenn wir alle die ökonomischen Faktoren zusammenbringen, dann ist der Generationenvertrag noch mehr in Gefahr, als er's nur wäre, wenn man sich die Bevölkerungsalterung anschaut.

Musikakzent

Zitator:

Der Generationenvertrag. Von ihm hören Schülerinnen und Schüler im Gemeinschaftskundeunterricht. Im Schulbuch steht er im Kapitel: „die Nachkriegszeit, das Wirtschaftswunder“. Alles drehte sich ums Arbeiten, ums Wieder-Aufbauen. „Kinder gibt's immer“, hieß es damals selbstverständlich – die Idee vom sogenannten „Generationenvertrag“ entstand. Aber: Wo steht er eigentlich geschrieben, der viel zitierte Generationenvertrag?

O-Ton Monika Queisser:

So einen Vertrag gibt es überhaupt nicht, da haben Sie völlig recht. Man kann so einen Vertrag nicht nachlesen. Aber er wird häufig verkürzt gleichgesetzt mit dem Umlageverfahren in der Rentenversicherung.

Sprecherin:

Gemeint ist folgendes Prinzip: Die Pflichtbeiträge, die die Erwerbstätigen in die Rentenkasse zahlen, werden direkt an die Ruheständler ausgeschüttet. Die einzelne Bürgerin, der einzelne Bürger müssen sich ihre Rente nicht selbst zusammensparen.

Musikakzent

O-Ton Monika Queisser:

Und als man dieses System geschaffen hat, da haben die Leute sehr lange gearbeitet, es gab ein sehr hohes Rentenalter, es gab viele Junge und wenig Alte und inzwischen sind die Geburtenraten runter gegangen, die Leute leben immer länger und es wird immer schwieriger. Und damit gerät natürlich dieser implizite Vertrag ins Kippen und da haben sie heute die Situation, wo viele Jüngere sagen: „Ich kriege ja sowieso nichts mehr aus der Rente, der Vertrag ist für mich jetzt erledigt.“

O-Ton Jonathan Guth:

Wir kündigen den Generationenvertrag und wollen einen neuen Generationenvertrag. D.h. dass wir nur dann bereit sind, auch für die ältere Generation zu sorgen, zum Beispiel in Form der Rente, wenn sie dafür sorgen, dass wir in Zukunft noch gut leben können.

Sprecherin:

Forderte zum Beispiel Jonathan Guth vom Jugendrat der „Stiftung Generationen“ schon im November 2018. Jugendforscher Simon Schnetzer sieht das genauso. Der Generationenvertrag müsse anders ausgestaltet werden:

O-Ton Simon Schnetzer:

Wenn ich junger Mensch bin und weiß, ich soll mal so und so viele Schulden für den Staat zurückzahlen und soll die die Altersvorsorge meiner Eltern und die sämtlicher anderen alten Menschen tragen, dann müsste ein Generationenvertrag auch beinhalten, dass junge Menschen unglaublich gute Jobeinstiegschancen und Gehälter bekommen, um entsprechend über Steuern und andere Abgaben diesen Teil des Generationenvertrages also in der Pflichtenseite erfüllen zu können.

Atmo:

Sprechchor / Demo aus „Aufschrei der Jugend“ – Generation Fridays for Future

Sprecherin:

Doch beim Generationenvertrag geht es um mehr als die materielle Absicherung der eigenen Zukunft. Es geht um Chancen, sich ein gutes Leben aufzubauen, und gegenseitigen Respekt.

O-Ton Selina:

Ich denk, viele aus der älteren Generation scheren sich vielleicht nicht so arg drum, weil sie vielleicht denken, okay, ich leb jetzt eh nicht mehr so lang, es kann mir ja dann egal sein, was später passiert. Im Prinzip ist es dann unsere Generation, die es ausbaden muss.

O-Ton Jonathan Gut:

Wenn ich sehe, wie die Alten mit unserer Zukunft umgehen, wenn sie einfach weiter unhinterfragt CO2 ausstoßen unnötigerweise, dann macht mich das wütend.

Sprecherin:

Das wohl dringendste Thema der Generationengerechtigkeit ist daher der Klimawandel – schließlich müssen jüngere Generationen noch länger auf der Erde leben.

O-Ton Quang Paasch:

Greta Thunberg ist ja auf die Straßen gegangen, weil sie gesagt hat: Ich streike für meine Zukunft und da war ganz klar das Framing: „Ich streike, weil ich jung bin. Weil ich nicht wählen kann und nichts machen kann.“ Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut, nicht wir.“

Sprecherin:

Aktivistinnen und Aktivisten wie Quang Paasch aus Berlin von Fridays for Future haben Greta Thunberg und ihre Bewegung von Anfang an als ein Aufbegehren der Jungen gegen die Alten dargestellt.

O-Ton Quang Paasch:

Ich würde schon sagen, dass vor allem in der westlichen Welt, im globalen Norden ein Generationenkonflikt herrscht. Dass wir ganz klar einen Generationenkonflikt durch Fridays for Future erreicht haben. Das ist irgendwo schon die Schuld der Menschen, die an der Macht sind und die Entscheidungen treffen können.

Atmo:

Sprechchor / Demo aus „Aufschrei der Jugend“ – Generation Fridays for Future

Sprecherin:

Weltweit – und vor allem in Deutschland – fanden Medien großes Interesse an den Klimaprotesten der Jugendlichen und am Narrativ „Alt gegen Jung“. In Zeitungskommentaren, Radiobeiträgen und Dokumentarfilmen war gleich von der „Generation Fridays for Future“ die Rede. Ein Unsinn, findet die Soziologin Silke Van Dyk.

O-Ton Silke Van Dyk:

Wenn wir jetzt aber anfangen, uns die Bildungsbiografien der Aktivistinnen anzugucken, dann werden wir feststellen, es sind fast ausnahmslos Gymnasiastinnen und Studierende. Schüler und Schülerinnen und Jugendliche aus anderen sozialen Hintergründen und Schultypen finden wir wirklich nur sehr marginal. Und wenn Sie sich dann repräsentative Umfragen zu den Zielen der Fridays For Future-Bewegung angucken, dann stellen Sie fest, dass die Zustimmung zu den Zielen und auch die, ob Leute sich vorstellen können, an einer Demonstration teilzunehmen, zwar in den älteren Altersgruppen etwas geringer sind, aber nicht brachial.

Sprecherin:

Van Dyk gibt zu bedenken, dass die öffentliche Darstellung der neuen Umweltbewegung als Generationenkonflikt in den Medien geradezu ahistorisch sei. Die erste Umweltbewegung gab es in Deutschland in den 70er-Jahren. Und wer ging damals auf die Straße?

O-Ton Silke Van Dyk:

Das ist die Elterngeneration der heute jungen Protestierenden (ist), die ganz wesentlich die in Deutschland zum Beispiel sehr starke Anti-Atombewegung getragen haben. Es ist die Großeltern, die damals die Anfänge der Umweltbewegung getragen haben.

Sprecherin:

Ähnlich skeptisch ist die Demografie-Expertin im Hinblick auf die beiden anderen Konflikt-Themen, die Advokaten der Generationengerechtigkeit wie Jörg Tremmel, aber auch zahlreiche Politiker sowie Vertreter von Versicherungsgesellschaften immer nennen: die Staatsverschuldung und das Rentensystem.

O-Ton Silke Van Dyk:

Es ist keine Frage, dass es eine Herausforderungen für die Sicherung des Ruhestands ist, wenn sich das Verhältnis von Ruheständler und Erwerbstätigen verändert, insbesondere natürlich im Umlageverfahren, indem die heute Arbeitenden die Renten der heutigen Ruheständler bezahlen. Trotzdem zeigen alle

Untersuchungen: Kapitalgedecktes Rentenverfahren, in denen die Menschen ihr eigenes Kapital ansparen, ist keineswegs sicherer in dieser Hinsicht.

Sprecherin:

Statt beim Thema Renten einen vermeintlichen Interessenkonflikt zwischen jungen und alten Menschen heraufzubeschwören, sollte man sich besser darauf konzentrieren, Ruhestandsprivilegien etwa von Beamten zurückzufahren, um das System für alle gerechter zu machen. Da gebe es nämlich schon heute große Defizite – auch beim Thema Altersarmut.

O-Ton Silke Van Dyk:

Das heißt, hier werden eher soziale Ungleichheiten übersetzt in Generationenkonflikte. Empirisch können wir sehen, dass Staaten, die eher viel Geld für ältere Menschen ausgeben, wenn man z.B. nach Skandinavien guckt, geben dann auch eher viel Geld für die Jungen aus. Die medial beschworene Generationen-Auseinandersetzung, für die finden wir in der empirischen Forschung in der Regel keine Evidenz.

Sprecherin:

Probleme der sozialen Ungleichheit würden von Politik und Medien als Altersfragen dargestellt. Und damit die wahren Ursachen der Probleme verschleiert, kritisiert Van Dyk:

O-Ton Silke Van Dyk:

Stichwort Schuldenpolitik. Es ist nun mal einfach so, dass es darauf ankommt, erst mal wofür z.B. ein Staat sich verschuldet. Und Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur nutzen zukünftigen Generationen. Dann ist es natürlich auch so, dass der Staat sich nicht mit den Alten bei den Jungen verschulden, sondern der Staat verschuldet sich bei privaten Geldgebern, die sozusagen davon profitieren, dass sie dem Staat Geld leihen. Da sind wir wieder bei der Klassenfrage.

Musikakzent

Sprecherin:

Wer soziale Fragen ebenso wie die großen Zukunftsfragen unserer Zeit nur durch die Brille eines Generationenkonflikts betrachtet, macht es sich zu einfach. Das ändert jedoch nichts an einer Tatsache: Je weiter der demografische Wandel voranschreitet, desto weniger fallen junge Menschen politisch ins Gewicht.

O-Ton JörgTremmel:

Wir leben in so einer spezifischen Art der Demokratie, die ich jetzt als Gerontokratie bezeichnen würde, also als Herrschaft der Älteren. Also bei der letzten Bundestagswahl waren über ein Drittel der Wählerinnen und Wähler über 60 aber 3,6 Prozent unter 21.

Sprecherin:

Der vom Tübinger Politologen Jörg Tremmel beschriebene demografische Wandel könnte sich weiter beschleunigen. Aktuell leben rund 16 Millionen Senioren ab 67 in Deutschland. Bis 2039 könnten es 21 Millionen sein, hat das Statistische Bundesamt

berechnet. Auch deswegen fordern Expertinnen und Experten eine Grundgesetzänderung.

Zitator:

Die Vorsorge für die dauerhafte und nachhaltige Befriedigung von Gemeinschaftsinteressen kommt in unserer Demokratie systembedingt zu kurz.

Sprecherin:

Das formulierte der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Professor Hans-Jürgen Papier in einem Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Seine Idee: Ähnlich wie bei der in Artikel 109 Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und dem in Artikel 20a verbürgten Umweltschutz-Prinzip, soll auch ein „allgemeines Nachhaltigkeitsprinzip“ im Grundgesetz festgeschrieben werden. Damit der Gesetzgeber und die Regierung an die Interessen künftiger Generationen gebunden sind.

O-Ton Felix Hanschmann:

In der Analyse des Problems sind sich alle einig, und das besteht darin, dass das parlamentarische politische System insofern ein strukturelles Defizit hat, als es dazu neigt, Entscheidungen zugunsten derjenigen Bürgerinnen und Bürger, die nun mal schon leben, zu produzieren und dass es strukturell vernachlässigt, Entscheidungen, die Interessen von nachrückenden Generationen mit beinhalten, weil die Politikerinnen natürlich daran interessiert sind, bei der nächsten Wahl wiedergewählt zu werden.

Sprecherin:

Felix Hanschmann ist Professor für Staatsrecht und Rechtsphilosophie an der Humboldt Uni zu Berlin. Er glaubt nicht, dass die Nachhaltigkeit als Staatsziel ins Grundgesetz gehört.

O-Ton Felix Hanschmann:

Da bin ich doch aus sehr, sehr vielen Gründen eher skeptisch, ob das die Wirkung erzielen wird, die man sich davon erhofft. Also erstens mal glaube ich, dass es nicht so ganz einfach ist, anders als das immer suggeriert wird, zu bestimmen, welche Generation denn entscheidungsleitend sein soll. Wenn man Generationen nicht unterkomplex medizinisch biologisch in so Intervallen versteht, dann wird es schwieriger, dass ich sage: Was sind denn die Interessen einer bestimmten Generation?

Sprecherin:

Generationen sind eben Querschnitte der Gesellschaft. Es gibt wohlhabende, aber genauso auch ärmere Rentner, genauso wie es Jugendliche gibt, denen der Umweltschutz am Herzen liegt, und andere, die eher an günstigen Energiepreisen interessiert sind. Der Jurist ist überzeugt, dass die politischen Parteien diesen Interessenausgleich finden müssen. Das Grundgesetz könne diese Aufgabe unseren Politikerinnen und Politikern nicht abnehmen.

O-Ton Felix Hanschmann:

Wenn man das im Recht verankert, besteht zumindest die Gefahr, dass das Parlament als demokratisch legitimes Organ, das solche Entscheidungen

eigentlich treffen sollte, verliert an Macht gegenüber dem Bundesverfassungsgericht. Was dann letztendlich überprüfen muss, ob ein bestimmter Akt der Legislative denn diesem Staatsziel gerecht wird oder nicht.

Sprecherin:

Ein ähnliches Problem gebe es bereits mit der Schuldenbremse, die 2009 als Ausdruck vermeintlicher Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz geschrieben wurde.

O-Ton Felix Hanschmann:

Ich glaube, der Kardinalfehler besteht da häufig darin, dass es eklatante Unterschiede gibt zwischen der Verschuldung von Individuen, wo es genauso läuft, dass man, wenn man kein Geld hat, Geld aufnimmt und das dann irgendwann zurückzahlen muss. Und weil man das nicht kann, dann müssen das die eigenen Kinder tun. Aber das ist nicht die Situation, in der sich die Frage bewegt, unter welchen Voraussetzungen, Bedingungen und mit welchen Folgen nehmen Staaten Kredite auf? Und an der Schuldenbremse, kann man das sehr schön sehen, dass wir hier zu Friktionen kommen. Jedenfalls in der Situation, wo sozusagen ältere Generationen die Schuldenbremse bemühen, um politische Maßnahmen zugunsten der jüngeren Generation zurückzuweichen oder zu unterbinden.

Sprecherin:

Investitionen in die Infrastruktur oder Bildung zum Beispiel, bei denen die deutsche Regierung und das Parlament durch Artikel 109 Grundgesetz – die Schuldenbremse – heute auch dann eingeengt sind, wenn sie dabei gerade an künftige Generationen denken. Das größte Problem sieht Hanschmann jedoch woanders: Wer sich als Regierung oder Parlament an ein Verfassungsprinzip der Nachhaltigkeit halten möchte, bräuchte eine Glaskugel.

O-Ton Felix Hanschmann

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit würde ja erfordern eine bestimmte Wissensbasis, die ich habe über die Folgewirkungen von konkreten Entscheidungen und Prognose-Entscheidung. Und was die Verläufe und Kausalitäten und Auswirkungen angeht, glaube ich nur sehr schwer prognostizierbar Wirkungen.

Sprecherin:

Eine entsprechende Grundgesetzänderung kann sich Staatsrechtler Felix Hanschmann daher nur im Bereich der Klimapolitik vorstellen. Hier gebe es nämlich fundierte und überwiegend einstimmige wissenschaftliche Erkenntnisse, an denen sich die Politik ausrichten könnte. Auf Ziele wie die Eindämmung der Erderwärmung.

Musikakzent

Sprecherin:

Trotzdem sind „Generationengerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit“ Werte, die von Rechts bis Links, Jung und Alt, in der Stadt und auf dem Land alle gerne fordern. Jede der im baden-württembergischen Landtag vertretenen Parteien benutzt die Wörter „nachhaltig“ oder „Nachhaltigkeit“ in ihrem Programm für die Landtagswahlen am 14. März, dem kommenden Sonntag. Die Grünen zitieren es ganze 173 Mal, die SPD 18 Mal, die CDU 13 und die FDP siebenmal, die AfD fünfmal. Ähnlich verhält es

sich in Rheinland-Pfalz, wo am gleichen Tag gewählt wird. Doch um die Nachhaltigkeit von einer schönen Phrase zum Verfassungsprinzip zu erheben, müsste man sie konkret anhand von Kriterien definieren können. So dass Verfassungsrichterinnen und -richter zukünftige Gesetzesvorhaben zur Energiewende oder eine potenzielle Rentenreform daran messen könnten. Und hier wird es schwierig bis unmöglich.

Verfassungsänderungen, die das Verhältnis zwischen Alt und Jung in Deutschland neu ausdefinieren, dürfte es so schnell also nicht geben. Doch für manche junge Menschen ist die Tatsache, dass sie sich in der Unterzahl befinden, der Ansporn, um sich erst recht politisch zu engagieren.

O-Ton Levin Eisenmann:

Ich teile die Einschätzung, dass es zu wenige junge Leute in der Politik gibt. Und das ist ja auch der Grund, weshalb ich jetzt antrete.

Sprecherin:

Der 23-jährige Jurastudent Levin Eisenmann ist einer der jüngsten Kandidaten für die Landtagswahl in Baden-Württemberg. Eisenmann engagiert sich für die CDU, sagt aber, er sei schon einmal bei Fridays for Future mitgelaufen. In seinem Wahlkreis Konstanz am Bodensee sieht er etliche Themen der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit:

O-Ton Levin Eisenmann:

Was hier natürlich ein Riesenthema ist, ist natürlich das Thema: Wie entwickelt sich unsere Landschaft, also die Umwelt, die Natur, in den nächsten Jahren, in den nächsten Jahrzehnten, eben mit dem Bodensee, mit vielen Naturschutzgebieten, und das so in den Einklang zu bringen mit Wohnraum, mit Landwirtschaft, mit anderen Themen, Trinkwasserversorgung, Fischerei, das ist natürlich eine Herausforderung.

Sprecherin:

Junge Menschen stünden zu älteren nicht grundsätzlich in einem Interessenkonflikt, betont Eisenmann. Sie hätten halt eine andere Perspektive.

O-Ton Levin Eisenmann:

Und deswegen ist wichtig, dass junge Leute politische Verantwortung übernehmen. Übrigens egal erstmal in was für einer Partei sie sind, dass eben junge Leute mit am Tisch sitzen und eben mitbestimmen dürfen.

Sprecherin:

Von einem Generationen*konflikt* will Eisenmann nichts hören.

O-Ton Levin Eisenmann:

Wo ich immer sozusagen dagegen bin oder was ich eben nicht so sehe, ist, dass jemand Junges dann eben auch nur für junge Leute Politik macht oder dass jemand Altes eben nur für alte Leute Politik macht. Sondern da sehe ich wirklich das Gesamtgesellschaftliche. Das merke ich im Übrigen auch bei meiner politischen Arbeit, dass ganz, ganz viele Themen ja generationenübergreifend wichtig sind. Also nehmen wir den öffentlichen Nahverkehr. Barrierefreier Bahnhof ist für die ältere Frau am Rollator genauso wichtig wie für die junge Mutter mit Kinderwagen. Oder ein

gutes Netz ist eben für die Schülerin, die zur Schule geht und jetzt Homeschooling hat, genauso wichtig wie vielleicht für die ältere Frau, die ab und zu jetzt vielleicht auch nach Corona noch Skype Calls mit ihren Enkelinnen und Enkeln machen möchte.

Musikakzent

Sprecherin:

Entgegen dem offiziellen CDU-Wahlprogramm ist Levin Eisenmann für eine flächendeckende Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. So wie auch die Spitzen von SPD und Grünen sowie zahlreiche Expertinnen und Experten. Den Jungpolitiker nerven vor allem die von Bundesland zu Bundesland unterschiedlichen Regelungen: In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz dürfen am 14. März alle Bürgerinnen und Bürger ab 18 wählen – in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Brandenburg hingegen liegt das aktive Wahlrecht bei 16. Das ist in Rheinland-Pfalz bislang gar nicht und in Baden-Württemberg nur bei Kommunalwahlen der Fall. Zu einem fairen Generationenvertrag würde aber gehören, dass auch die Jungen mitbestimmen dürfen, wie ihre Zukunft aussehen soll. Sie müssen es aber auch tun.
